



HESSISCHER LANDTAG

14. 09. 2004

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

betreffend soziale Infrastruktur in Hessen bleibt erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass seit Bekanntmachung der "Operation Sichere Zukunft" in zahlreichen Anträgen und Pressemitteilungen der Opposition, insbesondere der Fraktion der SPD, keine einzige seriöse Alternative zum Sparprogramm der Landesregierung aufgezeigt worden ist. Das Sparprogramm war, ist und bleibt alternativlos.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die zuweilen gemachten Vorschläge - etwa Einsparungen bei SAP oder im Personalbestand der Staatskanzlei - völlig aus der Luft gegriffen und nicht durchgerechnet sind. Das angepeilte Einsparungsziel wäre damit niemals zu erreichen. Die Verwirklichung dieser und ähnlicher Vorschläge würde ausgerechnet wegweisende Zukunftsprojekte treffen und die hessische Landesverwaltung in ihrer Leistungsfähigkeit um Jahre zurückwerfen.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bei ihrem Sparprogramm auf die Erhaltung eines flächendeckenden sozialen Netzes geachtet hat.

Dies ergibt sich unter anderem aus folgenden Punkten:

Insgesamt wurden ca. 30 Mio. € des beabsichtigten Sparvolumens von 1 Mrd. € aus dem Bereich der freiwilligen Leistungen im Sozialetat erbracht. Der Landtag hebt hervor, dass es sich entgegen anders lautender Behauptungen bei diesen Einsparungen nicht um ein Wert- oder Unwerturteil über die betroffenen Maßnahmen gehandelt hat.

Einige der herausragenden Projekte der Landesregierung wurden aus den Sparmaßnahmen bewusst ausgenommen, nicht nur als Gegengewicht zur katastrophalen Politik der Bundesregierung, sondern auch zur Zukunftsvorsorge im Interesse der hessischen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere unserer Kinder. Dazu gehörten:

- Kinderbetreuung,
- Sprachförderung (auch integrative Maßnahmen für Migrantenkinder),
- Frühförderung Behinderter,
- Arbeitsmarktprogramme,
- Altenpflegeausbildung.

Der Landtag hält fest, dass das Land bei vielen Projekten nur zum Teil an der Gesamtfinanzierung beteiligt war. Bei den Erziehungsberatungsstellen z.B. betrug die gestrichene Förderung des Landes nur zwischen 4 und 16 v.H., bei den Einrichtungen der freien Träger nur 7 bis 30 v.H. Es war daher zu erwarten, dass die Streichung der Landesfördermittel diesen Einrichtungen zwar wehtun, sie aber nicht in ihrer Existenz gefährden würde. Tatsächlich behauptet auch die Landesarbeitsgemeinschaft Erziehungsberatung nicht, dass es Wartezeiten von mehreren Monaten gebe oder präventive Angebote nicht mehr angeboten würden.

Vor der "Operation Sichere Zukunft" gab es 32 vom Land geförderte Frauenhäuser in Hessen; nach der "Operation Sichere Zukunft" gibt es immer noch 25 geförderte Projekte. Von den sieben nicht mehr geförderten Häusern musste nur eines (Alsfeld) schließen. Dieses hatte vorher laut Feststellung des Landesrechnungshofs die geringste Auslastung von allen. Der vorliegende Rechnungshofbericht mit seinen Aussagen zur äußerst geringen Auslastung (30 v.H.) hätte unabhängig von der "Operation Sichere Zukunft" zu Konsequenzen (Schließung) für das Alsfelder Frauenhaus geführt. Dem geringen Bedarf standen Kosten in Höhe von 210.000 € für Landkreis und Land gegenüber. Die neue Interventionsstelle im Vogelsbergkreis ist eine sachgerechte Lösung zur Bewältigung der Problematik der häuslichen Gewalt im Kreis.

Der Landtag stellt daher fest, dass das Einsparungsziel erreicht und das soziale Netz in Hessen erhalten werden konnte.

Wiesbaden, 14. September 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Jung (Rheingau)